



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gepaltene Pettzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die deutsche Wirtschaft und die Arbeiter.

Ein Jahr ist seit Annahme des Londoner Abkommens verstrichen, wobei die Deutschnationen im Reichstag eine wenig rühmliche, dafür um so beschämendere Rolle spielten. Die damals von ihnen aufgeführte Komödie findet ihre Wiederholung bei den Vereinbarungen von Locarno — wenn nicht alles trägt, mit dem gleichen Schlußsat. Im Hinblick auf die nicht mißzuverstehende Erklärung der großindustriellen und großagraren Geldgeber der Rechtsparteien für Locarno sowie der drohenden Gefahr, im Falle einer Reichsauslösung die Ablehnung des Vertragswerkes vor dem deutschen Volke verantworten zu müssen, werden die deutschnationalen Kaufheben kaum den Mut aufbringen, bei ihrer ablenkenden Haltung zu verharren. Es würde ihnen auch schwerlich gut bekommen! Ein Anlaß zur Ablehnung ist weder vom politischen noch wirtschaftlichen Standpunkte aus gegeben. Locarno bedeutet zweifellos nach beiden Richtungen einen Fortschritt, der zwar keine Verringerung des Versailler Vertrags bringt, wohl aber den Versuch, ihn zu revidieren, ohne seine Urheber als politische und ökonomische Stümper bloßzustellen. Darüber hinaus bedeutet das Ergebnis der Verhandlungen von Locarno den Abschluß eines zehnjährigen Krieges. Europa — mit ihm Deutschland — soll endlich den Frieden erhalten, den es für die Wiederaufrichtung seiner wirtschaftlichen Beziehungen so notwendig braucht.

Die Grundlage der in Locarno erzielten Verständigung bildet das von nationaler Seite auf das bestmögliche bekämpfte Londoner Abkommen. Es ist nicht zu bestreiten, daß dieses Abkommen dem deutschen Volke eine schwere Belastung und eine harte Beschränkung seiner Souveränität brachte. Doch darf nicht außer acht gelassen werden, daß ohne die in London herbeigeführte Verständigung die Belastung der deutschen Wirtschaft eine noch viel größere und die Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes eine noch viel eingeschränktere gewesen wäre. Demgegenüber ist die stattgefundenen Reparationsregelung in Verbindung mit der gewährten Anleihe und der zugestandenen Atempause als ein wesentlicher Vorteil anzuerkennen, durch den die deutsche Wirtschaft wieder Raum für freie Betätigung und Entfaltung ihrer produktiven Kräfte gewann. Wie erheblich der so erzielte Fortschritt ist, zeigt die Steigerung der deutschen Ausfuhr von 444,6 Millionen Goldmark im Monatsdurchschnitt des Jahres 1923 auf 712 Millionen Goldmark in den ersten neun Monaten des Jahre 1925. Die Zunahme beträgt rund 64 Prozent. Gegenüber dem Jahre 1913 bleibt hiernach die deutsche Ausfuhr nur noch um 17 Prozent zurück. In Wirklichkeit ist der Unterschied freilich größer, weil man das Sinken des Geldwertes berücksichtigen muß. Gleichwohl steht fest, daß sich in den letzten zwei Jahren die Produktionsfähigkeit Deutschlands erheblich gebessert hat und der von 1913 kaum noch nachsteht. An dieser Besserung ist die Industrie wie die Landwirtschaft in gleichem Maße beteiligt.

So erfreulich diese Tatsache erscheint, so muß doch auch festgestellt werden, daß der vorhandene Produktionsapparat nicht annähernd bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit ausgenutzt wird. Von den Unternehmern wird diese Tatsache nicht bestritten, jedoch behauptet, daß die Ausnützung des Produktionsapparates verhindert werde durch den Mangel an Betriebskapital, der hohen Zinsbelastung, den übermäßigen Steuerdruck, die unerträglichen sozialen Aufwendungen und die zu hohen Löhne der Arbeiter. Hierdurch wird die Produktion übermäßig verteuert und zu Preisen gezwungen, denen die Kaufkraft der Bevölkerung nicht gewachsen sei. Diese Behauptungen sind fast allfällige Klagen der deutschen Wirtschaft unter Kapitalmangel leiden, der die Produktion behindert. Zum nicht geringen Teil ist dieser Mangel aber von den Industriellen selbst, zum andern durch die verfehlte Kreditpolitik der Reichsbank unter Hansenstein verschuldet worden. Die Industriellen, nicht minder die Großagraren waren es, die während des Krieges jene verhängnisvolle Steuerpolitik Heffersichs zur Schonung des Bestandes unterstützten, die in ihren Folgen zum Zusammenbruch der deutschen Währung führten mußte. Und die gleichen Kreise süßten sich nicht veranlaßt, den Anfängen dieses Zusammenbruchs — der aufdringlichen Inflation — rechtzeitig entgegenzutreten, so nachdrücklich es auch die Sozialdemokratie forderte. Im Gegenteil trieben die diesfalle immer weiter voran, weil sie ihnen durch die bald einsetzende Frucht in die Schwere ungeheure Gewinne brachte. Damit verfiel jedoch das für die Produktion bestimmte Kapital der Investierung — es wurde Substanz — und ging als Betriebskapital verloren. Industrielle wie Großagraren beklagen — befangen durch ihre Raffgier — nicht den Weltföhl, daran zu denken, daß eine Zeit kommen könnte, wo sie wieder flüssiges Kapital zur Zahlung von Löhnen und Zinsen zum normalen Wert brauchen würden. Den jetzt bestehenden Kapitalmangel durch Zinsherabsetzung, Steuerentlastung oder Herabsetzung der Löhne und

Gehälter zu beseitigen, ist ausgeschlossen. Die Höhe des Zinses läßt sich nicht willkürlich beeinflussen, sondern hängt von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt ab. Ueber eine übermäßige Steuerbelastung können sich Industrielle und Großagraren wahrlich nicht beklagen, denn hierin werden sie durch die bestehende Steuerleggebung in mehr wie wohlwollender Weise zum Schaden der arbeitenden Massen begünstigt. Und die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer sind in Deutschland noch immer so niedrig, daß ihre Herabsetzung nicht stattfinden darf. Genauso wenig ist an eine Reduzierung der sozialen Aufwendungen zu denken, die — soweit die Leistungen auf den einzelnen Fürsorgebedürftigen in Betracht kommen — noch weit hinter den Friedensstellungen zurückstehen. Eine Besserung der Verhältnisse, wie die Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise, ist nur auf dem Wege möglich, daß die deutsche Produktion besser und zweckmäßiger organisiert wird, die bestehende Ueberorganisation der Produktion und

Sind weitere Lohnsteigerungen wirtschaftlich tragbar?

Eines der Hauptargumente für den Widerstand der Unternehmer gegen die Zahlung von der Teuerung angemessenen Löhnen bildet bekanntlich die immer wiederkehrende Behauptung: „Die Lohnsteigerung sei für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar, da die Lohnkurve in ihrer Entwicklung der Wirtschaftskurve nicht angepaßt sei.“ Mit anderen Worten, das Unternehmertum behauptet, die ungewöhnlich hohen inländischen Preise seien durch die Lohnsteigerungen begründet und seien jetzt auf einer Stufe angelangt, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf den ausländischen Märkten gefährdet sei. Da kommt eine Untersuchung des Prof. Hermsberg in der „Sozialen Praxis“ über die Lohnanwendungen, die das deutsche und das ausländische Unternehmertum zu machen hat, gerade recht, um statistisch nachzuweisen, wie falsch die oben erwähnte unternehmerische Behauptung ist. Da es sich um eine Untersuchung über die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren handelt, so ging die Untersuchung vom Lohn als Kosten element aus. Die Frage, welche Kaufkraft der jeweilige Lohn hat, kommt also nicht in Betracht, vielmehr gilt es nur, die Frage zu beantworten, wieviel der deutsche Unternehmer im Verhältnis zu seinen ausländischen Konkurrenten an Lohn aufzuwenden hat.

Die Untersuchung stützt sich fast ausschließlich auf amtliches Material und kommt zu folgenden interessanten Ergebnissen:

	1914	1924/25	Steigerung gegenüber 1914
England	100 Proz.	200 Proz.	90—100 Proz.
Holland	100 "	etwa 300 "	200 Proz.
Dänemark	100 "	194 "	94 "
Schweden	100 "	253 "	153 "
Frankreich	100 "	154 "	54 "
Italien	100 Proz.	etwa 195 Proz.	95 Proz.
Ver. Staaten	100 "	232 "	132 "
Deutschland ungelernete Arbeiter	100 "	145 "	45 "
gelernete Arbeiter	100 "	158 "	58 "

(unfischer, da Frankenturs schwankend)

Diese einwandfreien Zahlen über die Lohnsteigerungen in den hauptsächlichsten Industrieländern zeigen, daß die Lohnsteigerung in Deutschland prozentual am geringsten ist. Und daß die Behauptung der Unternehmer, die deutsche Industrie sei durch die „hohen Löhne“ am Weltmarkt konkurrenzunfähig geworden, weiter nichts als eine unbewiesene Behauptung ist. Ist aber die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt wirklich konkurrenzunfähig, so liegt das nicht an den „hohen Löhnen“, sondern an der irrationalen deutschen Betriebsweise, dem Verfall und anderem. Im Innenmarkt hilft dem deutschen Unternehmertum ihre preisvertuernde Kartellpolitik, auf dem Weltmarkt aber entscheidenden Wirtschaftsführer-Qualitäten. Von der Entwicklung solcher Qualitäten hängt aufs engste die Weltmarktkonkurrenzfähigkeit ab und nicht von Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung.

Reichsgesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung.

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf vor, der die Erwerbslosenversicherung in eine selbständige Arbeitslosenversicherung umwandeln will (Reichsarbeitsblatt Nr. 34). Versuche, ein solches Gesetz zu schaffen, sind bereits zweimal unternommen worden. Der erste Entwurf, 1920 vorgelegt, wurde alsbald zurückgezogen, weil er zuviel Widerspruch fand, während der zweite 1922 wegen der Inflation nicht beraten wurde.

Der gegenwärtige Entwurf mit seinen 179 Paragraphen birgt eine solche Fülle von Material, daß man im Rahmen eines Zeitungsartikels unmöglich auf alles eingehen kann, wenigstens der Inhalt des Entwurfs äußerst wichtig ist. Soll doch das zu beschließende Gesetz über Rechte und Pflichten derjenigen entscheiden, die infolge einer von uns nicht zu billigen Wirtschaftsform arbeitslos werden und am härtesten getroffen werden. Sache unserer Vertreter im Parlament und in der Hauptsache der Gewerkschaften wird es sein, rechtzeitig diesen Entwurf durchzuberaten, damit er so gestaltet wird, daß er dem jetzigen Zustande gegenüber wirklich als ein Fortschritt bezeichnet werden kann. Nachstehend einiges über die Hauptbestimmungen des Entwurfs.

Als Untersuchung kommt zunächst die Hauptunterstützung in Betracht. Daneben können noch Familienzuschläge für Angehörige bezogen werden. Ihre Höhe be-

Solidarität

**Im Kampf ums Recht seid solidar,
Daß euch das Unrecht nicht vernichtet.
Ein Sklave bleibt der Proletar,
Der ängstlich auf sein Recht verzichtet.
Steht wie die Mauer Mann bei Mann,
Will auch die Willkür euch bezwingen,
Wer bis zuletzt nicht kämpfen kann,
Wird nie den Gegner niederringen.**

**Nur durch die Solidarität
Läßt sich ein hohes Ziel erreichen.
Sie ist des Kämpfers Kampfgebiet,
Sie ist der Arbeit Siegeszeichen,
Sie ist das leuchtende Geßirn,
Das euch aus Nacht und Elend rettet
Und euch auf dem besonnenen Firm
Des Rechtes und der Freiheit bettet.**

Victor Kallnowski

die damit verbundenen Verläufe aufhören. Dem stehen die Kartellpolitik der Industriellen sowie die Schutzölle entgegen. Solange hier keine Verringerung erfolgt, steht eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in Aussicht. Das Unternehmertum denkt nur an die ihm aus der Kartell- und Schutzölpolitik zustehenden Vorteile; die daraus für die deutsche Wirtschaft entstehenden Nachteile werden nicht berücksichtigt. Um so mehr fällt den Arbeitern die Aufgabe zu, den kapitalistischen Raubbau an der deutschen Volkswirtschaft zu bekämpfen.

Die in Locarno zustande gekommenen Verträge haben keinen ökonomischen, sondern einen ausgeprägten politischen Charakter. Das hindert nicht, daß die erzielte Verständigung auch wirtschaftliche Auswirkungen haben wird. Diese können und werden nicht ausbleiben, weil die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse für alle europäischen Staaten untragbar geworden sind. Selbst in den Vereinigten Staaten besteht keine Neigung, der gegenseitigen Abschließung der europäischen Staaten durch hohe Schutzöllemauern die Dauer latentos zuzugestehen und in nicht mißzuverstehender Weise werden bereits Gegenmaßnahmen angebroht. Nach den Versicherungen der Reichsregierung sollen die vor kurzem neu festgesetzten Schutzölle vor allem Verhandlungszölle sein. Das muß festgehalten und dahin gestrebt werden, daß Regierung wie Reichstag eine stärkere Bereitschaft zeigen, bei den Handelsvertragsverhandlungen vom Ausland nicht nur Zollermäßigungen zu fordern, sondern selbst solche in dem Umfange zuzugestehen, als es die beiderseitigen Interessen verlangen. Die bisherigen Erfolge der Handelsvertragsverhandlungen sind wenig befriedigend. Es wird Zeit, daß sie besser werden! Unter der Unsicherheit der gegenwärtigen Wirtschaftslage hat vor allem die deutsche Arbeiterkraft zu leiden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben in erheblichem Umfange zugenommen. Es fehlt nicht an Ver suchen der Unternehmer, die hieraus entstehende Notlage der Arbeiter zur Herabdrückung der Löhne und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszunützen. Der geschlossene Widerstand der organisierten Arbeiterkraft hat diese Bemühungen vereitelt und wird sie auch in der Folge scheitern lassen.

